

Interpellation Büeler-Flawil vom 26. September 2001  
(Wortlaut anschliessend)

## **Neutrale politische Bildung in der Schule**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 6. November 2001

Bosco Büeler-Flawil erkundigt sich in seiner Interpellation danach, wie der Forderung des Jugendparlaments auf Aufnahme der Politischen Bildung als eigenes Schulfach in den kantonalen Lehrplänen nachgekommen werde. Nach Meinung des Interpellanten würden mit der Umsetzung dieses Anliegens die Jugendpolitik im Allgemeinen und die Arbeit des Jugendparlaments im Besonderen aufgewertet werden.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung teilt die Auffassung, dass eine neutrale politische Bildung ein wichtiges Anliegen im Hinblick auf die Hinführung der Kinder und Jugendlichen zu verantwortlichem Handeln in der Gesellschaft bildet. Dieser Zielsetzung wird in den Lehrplänen der Oberstufe, der Mittelschulen und der Berufsschulen alters- und stufengerecht Rechnung getragen. In der Volksschule, in den Mittelschulen und in den Berufsschulen wurden in den letzten Jahren umfassende Lehrplanrevisionen durchgeführt. Dabei wurden alle mittelbar und unmittelbar involvierten Kreise – nebst der Schule auch Wirtschaft und Politik – einbezogen. Die daraus hervor gegangenen Lehr- und Studienpläne stellen einen Kompromiss dar, bei dem isoliert gesehen kein Fachbereich mit seinem Anteil am Gesamtpensum zufrieden sein kann. Der staatsbürgerliche Unterricht ist nicht einem einzelnen Fach zuzuordnen. Moderne Lehrpläne zeichnen sich dadurch aus, dass der Komplexität der Gesellschaft und der Vernetzung des Wissens durch fächerübergreifende Lehrplanbereiche Rechnung getragen wird.

So gibt es im neuen Volksschullehrplan kein eigenes Fach Geschichte mehr, sondern den Lehrplanbereich Mensch und Umwelt mit den Teilbereichen Räume und Zeiten, Individuum und Gesellschaft usw. Daran soll festgehalten werden.

Auch für den Bereich der Mittelschulen gilt, dass im Rahmen des Maturitäts-Anerkennungsreglements (MAR) Politische Bildung oder Staatskunde nicht als eigenes Fach berücksichtigt wird. In der Studentafel für die Gymnasien des Kantons St.Gallen (Grundlagenfach 6: Geistes- und Sozialwissenschaften; Geschichte) sind für dieses Fach keine Lektionen ausgewiesen. Staatskundliche Belange werden in den Fächern «Geschichte» und «Einführung in Wirtschaft und Recht» in verschiedenen Zusammenhängen angesprochen. Die Lehrkräfte, welche in den einzelnen Klassen diese Fächer unterrichten, treffen verbindliche Absprachen, wo und wie das staatskundliche Grundwissen (Institutionen, Abläufe usw.) vermittelt wird.

In den Berufsschulen liegt die Zuständigkeit für die Lehrpläne beim Bund. Bei den Kaufmännischen Angestellten und den Detailhandelsangestellten sowie bei den Verkäuferinnen und Verkäufern ist die politische Bildung mit dem Unterrichtsfach Staatskunde oder Staats- und Wirtschaftskunde im Pflichtunterricht enthalten. Auch in den Lehrplänen der Berufsmaturität ist sie im Fach Geschichte und Staatslehre (in der technischen, gestalterischen und gewerblichen Richtung) oder Geschichte, Staats- und Sozialkunde (in der kaufmännischen Richtung) verankert. Als Aspekt «Geschichte/Politik» sind politische Themen in den allgemein bildenden Unterricht der gewerblich-industriellen Berufsschulen integriert. Der «Rahmenlehrplan für den Allgemeinbildenden Unterricht an gewerblich-industriellen Berufsschulen und Lehrwerkstätten» vom

August 1996 sieht vor, dass die einzelnen Schulen in ihren Lehrplänen die Themen für den allgemein bildenden Unterricht bestimmen. Jedes dieser Unterrichtsthemen wird unter drei bis vier verschiedenen Gesichtspunkten (Aspekten) angegangen. Die neun Aspekte des Lehrplanes sind: Arbeit/Ausbildung, Ethik, Geschichte/Politik, Identität/Sozialisation, Kultur, Ökologie, Recht, Technik und Wirtschaft. Die politische Bildung hat im Berufsschulunterricht einen hohen Stellenwert, auch wenn sie in den themenorientierten Lehrplänen der gewerblich-industriellen Berufe nicht mehr als eigenes Unterrichtsfach aufgeführt ist.

Der Evaluationsbericht zum neuen Lehrplan der Volksschule liegt vor. Dieser enthält keine spezifischen Aussagen zur politischen Bildung und zeigt somit auch keinen Bedarf für eine Veränderung auf. Politische Bildung ist im Fachbereich «Individuum und Gemeinschaft» enthalten. Die neue Gliederung in die Fachbereiche hat sich etabliert und bewährt. Der fächerübergreifende Unterricht und die gesamtheitliche Betrachtung von umfassenden Themen werden akzeptiert und im Unterricht umgesetzt.

Dass die Qualität des staatsbürgerlichen Unterrichts dennoch nicht immer und überall gleich hoch ist, hängt demnach nicht mit den Lehrplänen an sich, sondern mit deren unterschiedlicher Umsetzung in der Praxis zusammen. Es geht darum, die Qualität des Unterrichts in den vorhandenen Gefässen und Strukturen zu festigen. Verbesserungen bei der politischen Bildung müssen darin bestehen, die Inhalte zu verbessern und die zur Verfügung stehende Zeit noch besser zu nutzen. Dieses Ziel ist unter anderem dadurch erreichbar, dass den Lehrkräften mehr und aktuellere Unterrichtsmittel zur Verfügung gestellt werden. In dieser Beziehung besteht ein zusätzlicher Handlungsbedarf. Mit der geplanten Vernetzung der Schulen ergeben sich neue Möglichkeiten des Austausches von Material und Informationen auch unter den Schulen. Darin liegt ein Potential, das noch besser ausgeschöpft werden kann. Die staatsbürgerliche Erziehung lebt im Übrigen nicht in erster Linie von der Theorie und vom Fachwissen, sondern viel mehr von Vorbildern und praktischer Anschauung. Parlamentsbesuche von Klassen während der Session gehören zu den eindrücklichsten Erlebnissen im Staatskundeunterricht. Es ist wünschenswert, wenn Politikerinnen und Politiker, auch die Mitglieder der Jugendparlamente, vermehrt aus aktuellem Anlass in die Schulen kommen, um mit den Jugendlichen als angehende Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in einen lebendigen Dialog zu treten.

6. November 2001

Wortlaut der Interpellation 51.01.81

### **Interpellation Büeler-Flawil: «Neutrale politische Bildung in der Schule**

Das Jugendparlament des Kantons St.Gallen hatte am 19. Mai 2001 seine letzte Session im Grossratssaal. Während den Verhandlungen zu verschiedenen Themen (Einbürgerungen, Erlass von Militärpflichtersatz von IV-Bezüglern, Deklarationsvorschriften, Aufhebung des Trommelverbotes) wurden auch eine Reihe von Forderungen verabschiedet.

Das Jugendparlament des Kantons St.Gallen stellt folgende Forderung an den Kanton: «Die politische Bildung wird im kantonalen Lehrplan aufgenommen, als eigenes Fach». Begründung: Politische Bildung erhöht die Stimmbeteiligung und bringt besseres Allgemeinwissen. Diese Forderung wurde einstimmig mit 35 zu 0 und 3 Enthaltungen verabschiedet.

Anscheinend besteht zwischen Lehrplan, Leitideen und Zielen und der praktischen Umsetzung eine Diskrepanz, wie der Antrag des Jugendparlamentes aufzeigt.

Nach Meinung des Interpellanten würde mit der Entgegennahme und Umsetzung dieses Anliegens die Jugendpolitik im Generellen und die Arbeit des Jugendparlamentes im Besonderen, aufgewertet werden.

Die Regierung (ED) hat auf ein Postulat 43.00.17/ED Pelizzari-Lichtensteig/Graf Frei-Diepoldsau: «Staatskundeunterricht an der Oberstufe» auf Nichteintreten plädiert. Es wurde dahingehend geantwortet, dass genügend Vorgaben im Lehrplan und Richtziele vorhanden sind. Das ED verweist bei der Umsetzung auf die Verantwortung der Lehrkräfte. In der Parlamentsdiskussion erwähnte Regierungsrat Stöckling die Lehrplanreform und stellt sich nicht gegen das Grundanliegen, will aber zuerst Erfahrungen sammeln und dann über weitere Schritte informieren.

1. Schliesst sich die Regierung der Meinung an, dass die neutrale politische Bildung eine Basis zu verantwortlichem Handeln in unserer Gesellschaft bildet?
2. In welcher Form wird über den Antrag des Jugendparlamentes diskutiert, befunden und informiert?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass im offenen Lehrplan die Anliegen der politischen Bildung nicht zu kurz kommen?
4. Bis wann ist mit einem Erfahrungsbericht über den neuen Lehrplan, insbesondere zum Thema politische Bildung zu rechnen?»

26. September 2001